

Berlin, 25. März 2022
rot/bü



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Luftsicherheitskräfte: ver.di fordert Arbeitgeber auf, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen

Im Tarifkonflikt mit dem Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) zur Erhöhung der Entgelte für die rund 25.000 Sicherheitskräfte an deutschen Verkehrsflughäfen fordert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Arbeitgeber auf, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. „In fünf Verhandlungsrunden haben sich die Arbeitgeber immer nur millimeterweise bewegt. Jetzt ist es an der Zeit, dass sie einen echten Schritt auf die Beschäftigten zugehen“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Wolfgang Pieper. Am Freitagmorgen (25.3.22) war die fünfte Verhandlungsrunde ergebnislos beendet worden. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 7. April 2022 geplant.

Auch das zuletzt vorgelegte Angebot der Arbeitgeber sei unzureichend gewesen, so Pieper weiter. Es habe nach wie vor Leermomente enthalten und würde bei manchen Beschäftigten sogar zu Verschlechterungen führen. Gleichwohl habe es in kleinteiligen Verhandlungen weitere Annäherungen beider Seiten gegeben; diese hätten aber nicht ausgereicht, um zu einem Tarifergebnis zu kommen.

Die Luftsicherheitskräfte in ver.di fordern eine Lohnerhöhung von mindestens einem Euro pro Stunde bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Darüber hinaus soll in der Tarifrunde der Lohn für die Luftsicherheitskräfte Fracht und Personen/Warenkontrolle mit behördlicher Prüfung auf die Lohnhöhe der Luftsicherheitsassistenten (Fluggastkontrolle) nach dem Grundsatz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit angehoben werden. Für die Luftsicherheitskräfte in der Bordkartenkontrolle, in der Sicherung von sicherheitsempfindlichen Bereichen, in der Flugzeugsicherung u.a. mit Qualifizierung und bestandener Prüfung sowie in der Dokumentenkontrolle solle bundesweit das gleiche Stundenentgelt (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit) gezahlt werden. Bisher würden diese Beschäftigten regional unterschiedlich bezahlt. Jetzt müsse das Stundenentgelt auf das höchste Entgeltniveau angeglichen werden. Auch die niedrigere Bezahlung von Sicherheitskräften beim Berufseinstieg von bis zu 24 Monaten solle abgeschafft werden. Eine solche Regelung sei angesichts des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften nicht mehr zeitgemäß.

*Für Rückfragen: Wolfgang Pieper (ver.di-Verhandlungsführer),
0171.225.11.89*

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Richard Rother
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
-1012

E-Mail:
pressestelle@verdi.de